

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 22 (1995)
Heft: 5

Artikel: Auslandschweizer im Nationalrat?
Autor: Lenzin, René
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-909705>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

miert. Verschiebungen treten aber dennoch jedesmal auf. Wertvolle Hinweise zur Befindlichkeit des Wahlvolks sowie zum Formstand der politischen Parteien liefern die Resultate der diversen Parlamentswahlen in den Kantonen. In den letzten vier Jahren hat sich die schleichende Erosion der traditionellen Parteien fortgesetzt, während linke und rechte Oppositionsgruppen zum Teil spektakuläre Erfolge feiern konnten. So etwa die Schweizerische Volkspartei in Luzern, die bei ihrer ersten Teilnahme an Kantonsratswahlen gleich elf Sitze erringen konnte. (Die Luzerner SVP gehört zum populistischen Flügel der Partei, der vom Präsidenten der Zürcher SVP, Nationalrat Christoph Blocher, angeführt wird.)

Die stärkste Partei im Land, die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP), verzeichnete bis Ende 1994 einen Aufwärtstrend, verlor aber in den ersten vier Monaten 1995 mehr Sitze, als sie in den letzten drei Jahren bei Wahlen in kantonale Legislativen insgesamt hinzugewonnen hatte. Sowohl bezüglich Sitz- als auch bezüglich Wähleranteil scheint die FDP etwas an Terrain zu verlieren – wenn auch weniger als die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP), welche innerhalb von vier Jahren mehr als 51 Sitze in den Kantonsparlamenten und 1,6 Prozent Wähleranteil eingebüsst hat. Sie war mit fünf Sitzverlusten und 1,4 Prozent Wählerschwund schon aus den letzten eidgenössischen Wahlen als Verliererin hervorgegangen.

Trotz dieser Entwicklung hofft der Präsident der CVP, der Freiburger Ständerat Anton Cottier, auf drei Sitzgewinne bei den Wahlen im kommenden Herbst. Ein Optimismus, der nur ein müdes Lächeln verursachen würde, hätte da nicht die Berner Tageszeitung «Der Bund», die man kaum der Komplizenschaft mit der CVP bezichtigen

kann, im Frühsommer eine Trendwende ausgemacht, die in Sitzgewinnen für die vier Bundesratsparteien mündet (FDP +2, CVP +1, SP +4, SVP +1).

Stützt man sich auf die Resultate der diversen Kantonsratswahlen, so kann der Formstand von FDP und SP als stabil eingeschätzt werden, während der Trend bei der CVP markant nach unten und bei der SVP (+21) klar nach oben weist. Von den Nicht-Regierungsparteien sind die Grünen eindeutig am Zurückfallen, während sich auf der Rechten die Liberale Partei (+21) und die Freiheitspartei (+26) im Aufwärtstrend befinden. In den Westschweizer Kantonen legte auch die Partei der Arbeit (+15) markant zu.

Regierungsparteien gestärkt?

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Kantonsratswahlen, der letzten Nationalratswahlen und nach Gesprächen mit Politikern, Politikern und Journalisten prognostiziert «Der Bund», dass die Regierungsparteien ihre Vertretung im Parlament zum erstenmal seit zwanzig Jahren um acht Sitze erweitern könnten. Die Freiheitspartei (+2) und die Partei der Arbeit (+1) sieht die Zeitung ebenfalls als Wahlsieger, die Grüne Partei (-5), den Landesring der Unabhängigen (-3), die Liberale Partei, die Schweizer Demokraten und die Evangelische Volkspartei (je -1) als Verlierer.

Unabhängig davon, ob sich diese Prognose bewahrheitet oder nicht: die Schweiz wird keinen politischen Erdbeben erleben. Im helvetischen System sind Verschiebungen von mehr als fünf Sitzen schon bemerkenswert. Die vier Bundesratsparteien teilen seit dem Jahre 1960 die Regierungsmacht unter sich auf, und bei den letzten Nationalratswahlen errangen sie zusammen 69,7 Prozent der Stimmen und 149 von 200 Sitzen. Im Ständerat halten sie 41 von 46 Sitzen.

Vor diesem Hintergrund ist also kaum mit einer Verschiebung zu rechnen, die die «Zauberformel» im Bundesrat (2 FDP, 2 CVP, 2 SP, 1 SVP) sprengen könnte. Zu den ersten Amtshandlungen der neuen Bundesversammlung – National- und Ständerat vereint – wird im kommenden Dezember die Wahl der sieben Bundesräte gehören. Obwohl gewisse Kreise auf der rechten Seite des politischen Spektrums gerne die Sozialdemokraten aus der Regierung kippen würden und andere sich wiederum fragen, ob man nicht die SVP, die sich besonders in der Europapolitik von den anderen Regierungsparteien abgesetzt hat, nicht aus dem Bundesrat verabschieden müsste, erscheint ein politischer Eklat ziemlich unwahrscheinlich. Das helvetische Konkordanzsystem beruht gerade auf der Einbindung der wichtigsten politischen Kräfte in die Regierungsgewalt. ■

Auslandschweizer im Nationalrat?

Zu den politischen Rechten der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer gehört auch das passive Wahlrecht: Unabhängig von ihrem Wohnsitz können sie ins Parlament gewählt werden. Wie bei Kandidierenden im Inland muss eine Partei ihren Namen dazu auf eine Wahlliste setzen (vgl. auch Seite 8). Bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe haben drei Parteien von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Die Schweizerische Volkspartei SVP steigt in Freiburg mit Pierre Jonneret (Paris) ins Rennen, die Christlichdemokratische Volkspartei CVP in St. Gallen mit Elisabeth Hall-Zeller (London) und die Freisinnig-Demokratische Partei FDP auf der Liste Zürich/Meilen mit Hans Ulrich Pestalozzi (Rio de Janeiro, Zürich, Glion).

Von einem Parlamentsmitglied wer-

den nicht nur Interesse an der schweizerischen Politik, sondern ebenso vertiefte Kenntnisse über die helvetische Politlandschaft erwartet. Diesem Massstab müssen auch Kandidierende aus dem Ausland genügen. Als Herausgeber einer Monatszeitschrift für Frankreich-Schweizer und Mitglied des Auslandschweizerrates (ASR) kennt Jonneret (70) in dieser Hinsicht keine Probleme. Genausowenig wie Pestalozzi (54), ebenfalls Mitglied des ASR und seit 1991 teilweise wieder in der Schweiz wohnhaft. Hall-Zeller (53) hatte von 1989–1994 in der Schweiz gelebt und sich in dieser Zeit intensiv mit der Politik auseinandergesetzt. Alle drei engagieren sich in den Schweizergemeinschaften ihrer Gastländer und preisen sich der Wählerschaft als Vertreter der Fünften Schweiz an, wollen also nach

INSERAT

Dr. N. Bernhard

Langjähriger Auslandschweizer
Gründungspräsident SD International
(Auslandschweizerpartei)
Unternehmensberater

Dr. N. Bernhard, Zürich
Liste 7, 2x auf jede Liste!

Ihr Mann im Nationalrat

Wahlen '95: Parteien im Porträt (Nachtrag)

Weitere Parteien zur Wahl

Zur Vervollständigung unserer Serie über die Parteien, die an den Eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober teilnehmen werden, skizzieren wir nachfolgend das Porträt von vier Gruppierungen, die nur in einzelnen Kantonen zur Wahl antreten.

Ladies first» – als erstes wird eine Frauengruppierung vorgestellt, die bereits im aktuellen Parlament vertreten ist, deren Abgeordnete sich jedoch der sozialdemokratischen Fraktion angeschlossen hat.

FraP: Frauen machen Politik

Bei FraP handelt es sich um eine Gruppierung von Feministinnen, die in einigen Deutschschweizer Kantonen aktiv sind. Weder in der französischen noch in der italienischen Schweiz besteht ein Pendant zu FraP. «Frauen machen Politik» hat vor vier Jahren im Kanton Zürich einen Nationalratssitz erobert. Die Gruppierung, die sich nicht als Partei, sondern als eine Art Programm feministischer Politik versteht, entstand 1986. Im Oktober wird FraP Listen in fünf Kantonen präsentieren – in der

Hoffnung, fünf Sitze und so Fraktionsstärke erreichen zu können. FraP verfügt über keinen Vorstand, sondern funktioniert nach dem Prinzip der Selbstverwaltung.

Demokratisch-Soziale Partei

Auf nationaler Ebene existiert die Demokratisch-Soziale Partei (DSP) erst seit Juni 1994. In Basel-Stadt ist sie jedoch schon seit 1981, in Freiburg seit 1989 aktiv. Gegründet wurde sie von einem dissidenten Flügel der Sozialdemokratischen Partei (SPS). Die DSP wird von einem dreiköpfigen Präsidium geleitet. Sie strebt eine Gesellschaft an, die es allen Schichten – insbesondere den Benachteiligten und Minderbemittelten – ermöglicht, in Würde zu leben. Als Verfechterin einer sozialen Marktwirtschaft und der Landesverteidigung

betrachtet sich die DSP nicht als Konkurrenz, sondern als Alternative zur SPS.

Katholische Volkspartei

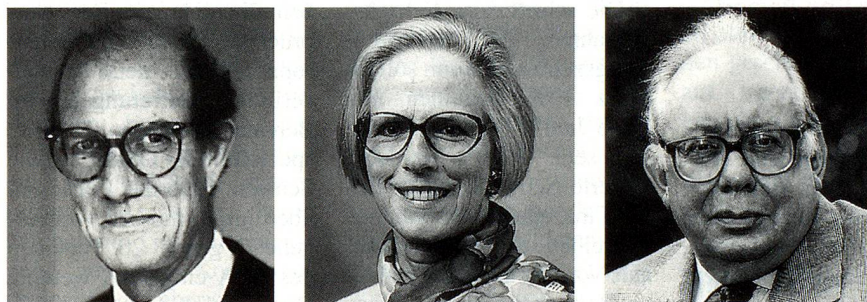
Anfänglich wurde der Name Katholisch-Konservative Partei erwogen, doch einigte man sich schliesslich auf Katholische Volkspartei. Unter dieser Bezeichnung haben sich Leute – mehrheitlich aus dem Umfeld der CVP – zusammengeschlossen, die die christlichen Werte in der Gesellschaft hochhalten, die Familie unterstützen, das Klein- und Gewerbe und die Landwirtschaft vertreten sowie der Aushöhlung der traditionellen christlichen Werte und der Orientierungslosigkeit der Menschen entgegenzutreten wollen. Die Partei wurde Ende letzten Jahres in Flüeli Ranft (OW), der Wirkungsstätte Niklaus von der Flües, gegründet. Sie wird Listen in den Kantonen Aargau und Thurgau präsentieren, allenfalls auch noch in Luzern.

Renaissance Schweiz Europa

Die vor zwei Jahren gegründete Partei will – gemäss ihrem Wahlkampfeslogan – «die Schweiz neu erfinden». Zu Renaissance Schweiz Europa zählen junge Bürgerinnen und Bürger verschiedenster politischer Richtungen. Sie teilen die Überzeugung, dass die bestehenden Parteien nicht imstande sind, die notwendigen Reformen in der Schweiz zu realisieren. Für die Wahlen im Oktober will die Partei in fünf Kantonen kandidieren. Renaissance Schweiz Europa setzt sich für eine dynamische, soziale und europäisch gesinnte Schweiz ein. Sie gehört zu den fünf Gruppierungen, die im letzten Februar eine Volksinitiative für den EU-Beitritt der Schweiz lanciert haben.

PAT

INSERAT



Kandidieren für den Nationalrat (von links): Hans Ulrich Pestalozzi, Elisabeth Hall-Zeller und Pierre Jonneret. (Fotos: zvg)

einer allfälligen Wahl den Anliegen ihrer Landsleute in aller Welt besonders hohen Stellenwert beimessen.

Die Wahl in den Nationalrat war schon vor der Einführung des Korrespondenzstimm- und -wahlrechts nicht an den Wohnsitz in der Schweiz gebunden. Aber im Zusammenhang mit diesen drei Kandidaturen stellt sich nun die konkrete Frage: Ist es möglich, aus dem Ausland an die Sessionen zu reisen?

«Von Paris nach Bern benötige ich mit dem Zug fünf Stunden, gleichviel wie ein Nationalrat aus St. Moritz», könnte Pierre Jonneret antworten. «Mit den täglichen Direktflügen London-Bern bin ich noch schneller», würde Elisabeth Hall anfügen. Mit Brasilien wird's zugegebenermassen etwas schwieriger, aber Hans Ulrich Pestalozzi wohnt ja mehrheitlich wieder in der Schweiz...

René Lenzin

SD in den Nationalrat!

Die Schweizer Demokraten - heimatverbunden und weltoffen, wie die Auslandschweizer.
Die SD - die einzige Partei, die für die Auslandschweizer kämpft (Lex-Friedrich-Referendum).
Die SD - Ihre Vertreter im Parlament.

SD International, Dr. N. Bernhard, Präsident,
Postfach 8116, CH-3001 Bern; T. +31 3112774

SD in den Nationalrat!